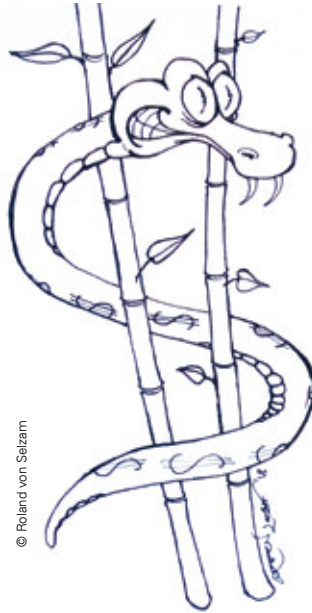


That's unfair (Trump)

Akteure agieren im Dschungelcamp

Unabhängig davon, dass die EU sich gegenüber anderen Ländern außerhalb der EU durch Zölle die Konkurrenz vom Leib hält*, gibt es eine Vielzahl von anderen, so genannten nicht-tarifären Handelshemmnissen. Bekannt sind neben direkten Einfuhrquoten viele indirekte Schutzmechanismen, wie etwa technische und rechtliche Vorschriften, Steuervorteile und/oder Subventionen an Unternehmen oder auch Umwelt- und Sozialstandards, die einen fairen Wettbewerb verhindern.

Es ist also keinesfalls allein China, wie zurzeit der Eindruck vermittelt wird, das auf diesem Feld trickst. Was in der Öffentlichkeit wenig bekannt ist: auch die vielen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen des Staates wirken verzerrend auf den internationalen Wettbewerb. Am Beispiel staatlicher Ausgaben für die so genannten Aufstocker_innen, quantitativ sicherlich eher unbedeutend, lässt sich das anschaulich zeigen. Jetzt müssen sich



© Roland von Seitzam

die Betroffenen das Geld beim Arbeitsamt selbst abholen. Der Staat könnte den Unternehmen auch direkt diese Gelder als Subventionen geben. Dann könnten diese normal hohe Löhne zahlen,

von denen jemand sich oder seine Familie versorgen kann. Dann würde allerdings auffallen, dass es sich um eine Maßnahme handelt, die, was den Wettbewerb angeht, fragwürdig ist. Konsequenz zu Ende gedacht gilt dies für alle staatlichen Zuwendungen und Vergünstigungen, die sogenannten Transferleistungen. Staatliche Gelder, die beispielsweise in den sozialen Wohnungsbau fließen, könnten, wenn sie den Unternehmen als Lohnzuschüsse gezahlt würden, den Eindruck vermitteln, als könnten die Betroffenen marktgerechte Mieten zahlen. Aber auch hier würde dann auffallen, dass es sich um wettbewerbsverzerrende Maßnahmen handelt. Bei dieser indirekten Bezuschussung über verbilligten Wohnraum fällt dies natürlich nicht so auf. Wollte man dieses Fass aufmachen, gäbe es viel zu entdecken, was unter das Label ‚Lohndumping‘ fallen würde.

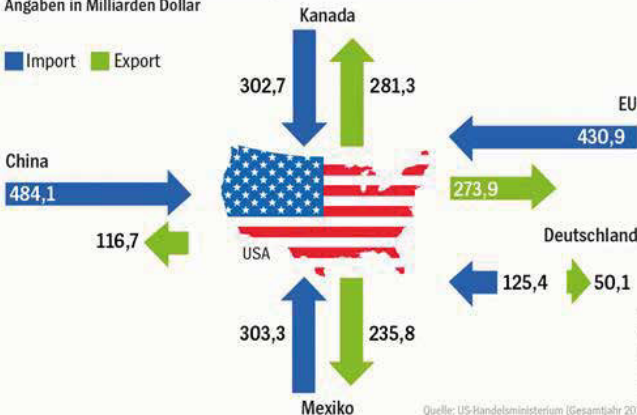
Bei näherem Hinsehen steht man also vor einem Dschungel von Regulierungen – und dies gilt natürlich für alle Beteiligten –, die alles andere als faire Bedingungen für den Welthandel schaffen. Für den Fall, dass Marktliberale sich durch diese Argumentation bestätigt fühlen, sei gesagt, dass sie systemimmanent zwar richtig liegen mögen, dies aber gleichzeitig den wahren Charakter des Kapitalismus in Gestalt dessen, was ideologisch mit dem Konzept der ‚sozialen Marktwirtschaft‘ zu verdecken versucht wird, offenlegen würde. Wollte man hierauf verzichten, hieße dies, den so genannten sozialen Frieden zu gefährden, weil so manchem/r ein Licht aufginge.

JOACHIM GEFFERS

US-Warenhandel mit ausgewählten Ländern

Angaben in Milliarden Dollar

■ Import ■ Export



Zahlen von 2015 – die Situation hat sich seitdem nicht entspannt...

* Zurzeit fordert die EU für alle Importe aus den USA im Schnitt 3,9 Prozent Einfuhrzölle, im Gegensatz zu den USA, die für EU-Produkte im Schnitt 3,2 Prozent verlangen. Die Differenz ist letztendlich zu vernachlässigen, weil Währungsschwankungen und die genannten nicht-tarifären Handelshemmnisse viel bedeutsamer sind.